



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 27.02.2019, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Zukunftskonferenz 2018
Einbeziehung der Ergebnisse in die Beratungen und
Beschlussfassungen des Gemeinderats**

Vorl.Nr. 045/19

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** führt in das Thema ein. Gerne könne, wie aus den Reihen des Gemeinderats gewünscht, das Thema im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) nochmals vorberaten werden.

Im Anschluss berichtet Frau **Helm** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, über die Zukunftskonferenz 2018. Sie stellt die Dokumentation, welche über die Microsite <https://2030.meinlb.de/zukunftskonferenz/> abrufbar ist, vor.

Nach Diskussion und Aussprache nimmt das Gremium Ziff. 1 des Beschlussvorschlags (Vorl. Nr. 045/19) zur Kenntnis. Eine formale Abstimmung zu dieser Ziffer sei nicht notwendig, teilt OBM Spec mit.

Die weitere Beratung der Ziffern 2 – 4 des Beschlussvorschlags wird in den Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) verwiesen.

TOP 2

**Weiterentwicklung des Masterplans Energie,
Klimaschutz und -anpassung
(Einbringung)**

Vorl.Nr. 023/19

TOP 2.1

Bewertung der bisherigen Maßnahmen

TOP 2.2

Weiterentwicklung der Ziele und Maßnahmen

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beiliegt, bringt Herr **Weeber** (Stabstelle Klima, Energie, Europa) die Vorlage 023/19 in die Beratung ein. Die weiteren Vorberatungen seien für die beschließenden Ausschüsse vorgesehen.

Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Ludwigsburg vom 01.01.2019 wird entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage 053/19 erlassen.

Der Gemeinderat wird vierteljährlich und nach Ende der zeitlich befristeten Änderung der Hauptsatzung von den von dieser Regelung betroffenen Anmietungen unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat F. Lutz
 - Stadtrat T. Lutz
 - Stadträtin Liepins

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorlage Nr. 053/19. EBM **Seigfried** erläutert die Vorlage. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM **Spec** lässt über die Vorlage Beschluss fassen.

Geänderter Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt vorbehaltlich
 - des Abschlusses eines Letters of Intent (LOI) mit den dort aufgeführten Eckpunkten zu einer Kooperation der Deutschen Telekom GmbH mit der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim für den Breitbandausbau in Ludwigsburg und
 - eines Sitzes im Verwaltungsrat des Zweckverbands und *eines Sitzes bzw. eines dauernden Gastsitzes* im Aufsichtsrat der Gigabit Region Stuttgart GmbH für die Stadt Ludwigsburgder Gründung und dem Beitritt der Stadt Ludwigsburg durch Vereinbarung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Kreisbreitband Ludwigsburg (KBL) nebst Einbringung des Stammkapitals in Höhe von 0,50 Euro pro Einwohner zu. Die Zustimmung gilt ausdrücklich auch für den Fall einer etwaigen Änderung des Mitgliederbestandes gemäß Anlage 1 zur Verbandssatzung.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat F. Lutz
 - Stadtrat T. Lutz
 - Stadträtin Liepins

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmig geänderte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 19.02.2019. Er erläutert den Sachverhalt. Er ergänzt, die Verwaltung schlägt vor, den Beschluss um die Worte „...*eines Sitzes bzw. eines dauernden Gastsitzes* ...“ zu ergänzen.

Herr **Kiedaisch** (Fachbereich Finanzen) informiert, die Telekom habe den Letter of Intent (LOI) unterzeichnet.

Auf Aussprache wird verzichtet. OBM **Spec** lässt über den so geänderten Vorschlag Beschluss fassen.

Geänderter Beschluss:

2.1 Der Planung für die Umnutzung des ehemaligen Saunabereiches des historischen Stadtbades zum zentralen Jugendtreff wird auf Grundlage des beiliegenden Flächenlayouts (Anlage 2) zugestimmt. Die notwendigen Planungsmittel in Höhe von ~~50.000 EUR~~ 30.000 EUR werden aus dem angemeldeten investiven Budget des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

2.2 Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des beiliegenden Flächenlayouts (Anlage 2) eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für die Umnutzung des ehemaligen Saunabereiches zum zentralen Jugendtreff im ehemaligen Stadtbad zu erarbeiten.

Der Vergabe der Planungsleistungen für die Umnutzung des Saunabereichs

- für Heizung, Lüftung, Sanitär (Leistungsphase 1-3) an das Büro Appel, Maybachstraße 13, 71640 Ludwigsburg
- für Elektrotechnik (Leistungsphase 1-3) an das Büro ibb, Karl-Heinrich-Käferle-Straße 6, 71640 Ludwigsburg

wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Über die Ziffern 2.1 und 2.2 wird getrennt abgestimmt.
Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss zu Ziff. 2.1. wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat F. Lutz
 - Stadtrat T. Lutz
 - Stadträtin Liepins

Der Beschluss zu Ziff. 2.2. wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Haller
 - Stadtrat F. Lutz
 - Stadtrat T. Lutz
 - Stadträtin Liepins

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** und BM **Ilk** führen in das Thema ein. Über Ziff. 1 des Beschlussvorschlags der Vorl. Nr. 424/18 sei entschieden. Die Bauumsetzung der Galerie als Lern- und Stillarbeitsbereich laufe planmäßig.

Über Ziff. 2 des Beschlussvorschlags sei abzustimmen, da es unterschiedliche Beschlüsse des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) und des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales (BSS) gebe. Aus diesem Grund habe entsprechend der Gemeindeordnung nun der Gemeinderat zu entscheiden. Außerdem liege ein Antrag der FWV-Fraktion (Vorl. Nr. 517/18) vor. Wenn der Antrag angenommen werde, versuche man diesem durch eine „schlanke Sanierung“ Rechnung zu tragen. Es gebe allerdings Unsicherheiten. Es gebe noch keine Planung. Feste Baukosten in Höhe von max. 200.000 € könne er daher nicht zusagen, so BM **Ilk** weiter. Zunächst müsse man in die Planung einsteigen.

Seit November habe sich die Situation geändert, so Stadtrat **Meyer**. Das „Pasta“ sei nicht mehr nutzbar. Die Verwaltung habe dargestellt, dass kein zusätzliches Personal erforderlich sei. Nun liege es an der Verwaltung die baulichen Änderung auf Basis des FWV-Antrags umzusetzen. Wenn sich während der Bauumsetzung „extreme Dinge“ zeigten, könne man dies im Fachausschuss besprechen und ggf. zustimmen. Ansonsten sei der FWV-Antrag die Basis. Bedanken wolle sich seine Fraktion auch beim Jugendgemeinderat der sich umfassend eingebracht habe.

Ehrenrunden und Verzögerungen kosten Geld, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Nun sei eine sinnvolle Nutzung gefunden. Das Gebäude müsse so umgebaut werden, dass es die nächsten 50 Jahre nochmals genutzt werden könne.

Für Stadtrat **von Stackelberg** war es klar, dass man aufgrund des Zustandes des „Pasta“ etwas machen müsse. Der Gemeinderat solle nun die Planungsrate freigeben. Eventuell habe man dann auch zwei Alternativen. Er hoffe, dass die Planung schnell vorangehe.

Die FWV-Fraktion wolle den zentralen Jugendtreff; wolle aber auch die Kosten im Blick behalten und verantwortungsbewusst mit Steuergeldern umgehen, teilt Stadträtin **Moersch** mit. Die Jugendlichen sollen mitgestalten. Fluchtwege und Brandschutz könnten als zusätzliche Kostenpunkte separat beleuchtet werden.

Stadtrat **Heer** fordert einen Kostenrahmen für den weiteren Umbau. Dass Handlungsbedarf bestehe sei unstrittig.

ÖkolinX sei für den Jugendtreff, halte aber eine Kostendeckelung zum jetzigen Zeitpunkt für falsch, führt Stadtrat **Kube** aus.

OBM **Spec** fasst zusammen, es gehe nicht mehr um das „ob“, sondern um eine Begrenzung der Kosten. Er freue sich, auch dass mit einer Zustimmung zum zentralen Jugendtreff der Jugendgemeinderat wertgeschätzt werde.

Er gehe davon aus, dass man mit der Planungsrate von 30.000 € auskommen werde. Es sei noch die Frage offen, ob es sinnvoll sei den Kostendeckel jetzt, oder später zu beschließen.

Stadtrat **Weiss** führt aus, er bestehe auf den eingereichten Antrag. Weitere Kosten aufgrund von erforderliche Brandschutzmaßnahmen oder Rettungswegen könnten noch hinzukommen. Ansonsten müsse der beantragte Kostendeckel ausreichen.

Stadtrat **Prof. Vierling** teilt mit, CDU und FWV hätten eine Zahl genannt, sagen aber nicht was errichtet werden solle und was nicht.

Stadtrat **Weiss** entgegnet, es sei sinnvoll „Zügel anzulegen“, dies habe die Erfahrung gezeigt.

Stadtrat **Haller** stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Aussprache zu beenden (Schlussantrag - Schluss der Beratung nach § 22 Abs. 3b i.V.m. § 18 Abs. 4 GeschO).

OBM **Spec** lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 21 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat F. Lutz
 - Stadtrat T. Lutz
 - Stadträtin Liepins

Im Anschluss lässt OBM **Spec** über den Antrag der FWV-Fraktion vom 05.12.2018 (Vorl. Nr. 517/18) abstimmen:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat F. Lutz
 - Stadtrat T. Lutz
 - Stadträtin Liepins

Im Anschluss lässt OBM Spec in einer getrennten Abstimmung zunächst über den geänderten Beschlussvorschlag Ziff. 2.1 der Vorlage Nr. 424/18 abstimmen, im Anschluss über die Ziff. 2.2.

TOP 5.1

**Umnutzung des ehemaligen Saunabereichs zum
zentralen Jugendtreff
- Antrag der Freien Wähler-Fraktion vom 05.12.2018**

Vorl.Nr. 517/18

Beratungsverlauf:

Vgl. TOP 5

Beratungsverlauf:

Der Abschlussbericht „Stadtjubiläum 2018: 300 Jahre Stadt werden!“ erfolgt durch Frau Richert (Fachbereich Kunst und Kultur). Während ihres Berichts werden Impressionen aus dem Jubiläumsjahr gezeigt.

Den Gemeinderäten liegt die Dokumentation des Abschlussberichts vor.

Beschluss:

1. Die Richtlinien für das städtische Programm zur Förderung von Natur- und Umweltschutz werden in Bezug auf den Förderpunkt 2.3 geändert: Der Zuschuss für den Erhalt von Trockenmauern und Staffeln in Weinbaugebieten wird von bisher 25 €/qm auf 100 €/qm erhöht. Für Auszahlungen pro Antragsteller und Jahr wird ein Höchstbetrag von 10.000,-- € festgeschrieben.
2. Die in der Anlage 1 beigefügten Richtlinien treten mit dem Beschluss des Gemeinderats am 27.02.2018 in Kraft und ersetzen die Richtlinien des Natur- und Umweltschutzprogramms vom 02.03.2011.
3. Bereits nach den bisherigen Richtlinien bewilligte, aber noch nicht abgerechnete Anträge werden nach den neu beschlossenen Richtlinien ausbezahlt.

Aus dem Budget des Natur- und Umweltschutzprogramms beim FB 60 werden bis zu 30.000,-- € für die Förderung der Sanierung von Weinbergmauern bereitgestellt. Sollte sich eine Überzeichnung des Förderrahmens abzeichnen, berichtet die Verwaltung rechtzeitig im zuständigen Gremium.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Herrmann
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat F. Lutz
- Stadtrat T. Lutz
- Stadträtin Liepins

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) vom 14.02..2019. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 523/18 Beschluss fassen.

Beschluss:

Aufgrund von § 172 Abs.1 Nr.1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird die Erhaltungssatzung „Historischer Ortskern Poppenweiler“ beschlossen (Anlagen 1, 1a, 2, 3).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat F. Lutz
- Stadtrat T. Lutz
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Remmele

Beratungsverlauf:

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM **Spec** lässt über die Vorlage 031/19 Beschluss fassen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Karlstraße 8“ Nr. 018/04 vom 01.02.2019 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften vom 01.02.2019 beschlossen. Es gilt die Begründung vom 01.02.2019.
- III. Maßgebend für die Zulässigkeit des Bauvorhabens ist der ggf. noch geringfügig zu modifizierende Vorhaben- und Erschließungsplan mit Freiflächengestaltungsplan vom 25.01.2019. Den wesentlichen Inhalten des Durchführungsvertrages (Anlage 24) und des Vorhaben- und Erschließungsplans (Anlage 5 – 23), sowie der weiteren Bearbeitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird zugestimmt.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit Vorhaben-/ Erschließungs- und Freiflächenplan gem. § 3 (2) BauGB und Begründung öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat F. Lutz
- Stadtrat T. Lutz
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Remmele

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) vom 21.02.2019. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 013/19 Beschluss fassen.

TOP 10	Konkretisierung der Personalkostenreduzierung 2019	Vorl.Nr. 019/19
TOP 10.1	Konkretisierung der Personalkostenreduzierung 2019 - abweichende Beschlussempfehlung zur Vorl.Nr. 019/19	Vorl.Nr. 070/19

Abweichender Beschluss:

1. Die in der Vorlage 515/18 aufgelisteten Stellen mit Sperrvermerken werden mit Ausnahme der Stelle des Chief Digital Officer (CDO) und der Stabsstelle Grün (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) zur Besetzung freigegeben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu den Haushalts- und Stellenplanberatungen im Herbst 2019 für das Haushaltsjahr 2020 eine systematische Grobanalyse der Stellen mit einem Vergleich mit mindestens 5 Städten der Größenklasse 80.000 – 100.000 Einwohner in Baden-Württemberg anzustellen. Weitere erforderliche Schritte in Zusammenhang mit dem Stellenplan und der Personalkostenreduzierung werden im Rahmen der Haushaltsstrukturkommission beraten und festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt getrennte Abstimmung der Ziffer 1 und Ziffer 2.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 17 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat F. Lutz
- Stadtrat T. Lutz
- Stadträtin Liepins

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Herrmann** teilt mit, er sei mit dem Verfahren unzufrieden. Rückblickend teilt er mit, wenige Tage vor den Haushaltsberatungen am 21.11.2018 sei von der Stadtverwaltung die Vorlage gekommen, wie die 90 neuen, unbefristeten Stellen konkret aufgeteilt werden sollen. Alle vier Fraktionen hätten in den Haushaltsberatungen mitgeteilt, dass dies in Summe zu viel sei. Auch der Anstieg der Personalkosten insgesamt sei kritisch gesehen worden. Es sei dann beschlossen worden, ca. 50 Stellen zu besetzen und bei ca. 40 Stellen einen Sperrvermerk anzubringen, verbunden mit dem Auftrag an die Verwaltung eine Million Euro Personalkosten einzusparen und hierzu Vorschläge zu unterbreiten.

Das Ergebnis liege nun auf dem Tisch. Es sollen alle Stellen freigegeben und ca. 14 Stellen in diesem Jahr nicht besetzt werden. Darunter seien Stellen, bei welchen es nicht verantwortbar sei, diese nicht zu besetzen. Deshalb sei man über diese Vorgehensweise der Stadtverwaltung sehr unzufrieden. Man habe auch die Stellungnahme des Personalrats sehr aufmerksam zur Kenntnis genommen. Auch dass der Personalrat ggf. nicht mehr bereit sei, weiteren Überstunden zuzustimmen. Auch in den Kindertageseinrichtungen würden die Pool-Stellen dringend benötigt. Hierauf könne nicht verzichtet werden. Man müsse Aufgaben kritisch hinterfragen.

Stadtrat Herrmann weist darauf hin, dass keine vorhandenen Stellen gestrichen, sondern der Anstieg von Neustellen reduziert werde. Zwischen den Jahren 2005 und 2010 habe man 20 Neustellen zusätzlich geschaffen. In den Jahren 2011 bis 2019 seien 400 zusätzliche Stellen geschaffen worden. Dies müsse hinterfragt werden.

Es sei daher richtig, dass die Verwaltung für das Haushaltsjahr 2020 eine systematische Grobanalyse im Vergleich zu anderen Städten vorlege.

Spätestens in der Sitzung der Haushaltsstrukturkommission im September 2019 müsse man sich über das Verfahren für den Stellenplan 2020 unterhalten. Man wolle ein nachvollziehbares Verfahren, dabei müsse auch die Zahl der befristeten Stellen beobachtet und hinterfragt werden. Er bittet um getrennte Abstimmung der beiden Ziffern des Beschlussvorschlags. Ziffer 2 könne man zustimmen, bei Ziffer 1 werde seine Fraktion unterschiedlich abstimmen, weil man mit dem Verfahren unzufrieden sei.

Stadtrat **Prof. Vierling** kann der Analyse von Stadtrat Herrmann zustimmen. Mit der nun vorliegenden Beschlussvorlage sei wenig erreicht. Was die Personalkosten anbelange fehle es an der mittelfristigen Orientierung. Von einer elfprozentigen Ausgabensteigerung bei den Personalkosten sei man geschockt. Man befürchte, dass bei nachlassender Konjunktur der Stadt die Ausgaben „auf die Füße fallen“. Man steuere in eine problematische Richtung; Aufgabenkritik sei angebracht. Der Vergleich zu anderen Kommunen sei sinnvoll. In folgenden Stellplänen dürfe es keine solchen Überraschungen mehr geben. Man werde der abweichenden Beschlussempfehlung zustimmen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** führt aus, die SPD-Fraktion habe sich bereits bei den Haushaltsberatungen gegen den Antrag der Freien Wähler, eine Million einzusparen, ausgesprochen. Es werde nicht gesehen, dass die Stadt wachse und damit einhergehend auch die Pflichtaufgaben. Mit dem Rasenmäherprinzip pauschale Einsparungen erzielen zu wollen, nutze nichts. Aufgabenkritik sei nötig. Nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „die den Laden am Laufen halten“ dürften unter den Kürzungen leiden. Das Statement des Personalrats in der WKV-Sitzung in der vergangenen Woche sei erschreckend gewesen. Man rede wieder über zehntausende Überstunden, auch bei den Führungskräften. Diese Problematik dürfe man nicht einfach weiterlaufen lassen. Das hohe Tempo in der Stadtverwaltung schrecke Bewerberinnen und Bewerber ab. Dies seien alarmierende Zeichen. Er glaube nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung es gut fände, wenn Serviceleistungen fehlen, Bearbeitungszeiten länger werden. Er freue sich, dass nun bei großen Teilen des Gemeinderats Vernunft eingekehrt sei. Seine Fraktion könne zustimmen.

Stadtrat **Weiss** teilt mit, eigentlich hätte die FWV-Fraktion zustimmen wollen, nach der vorangegangenen Rede werde man sich aber enthalten.

Der Ziffer 1 der Vorlage Nr. 070/19 könne man im Ergebnis nicht zustimmen. Die Personalkostenentwicklung, bedingt durch Neueinstellungen sehe man weiterhin kritisch. Aufgrund des FWV-Antrags auf Entzerrung der Investitionen, in Kombination mit einer neuen Prioritätenliste und dadurch geringeren Folgekosten, sehe man einen eher geringeren Personalbedarf. Auch sehe man bei verschiedenen Personalstellen mit Sperrvermerk nicht die Notwendigkeit einer Aufhebung. Man habe den Antrag auf Kürzung auch deshalb gestellt, um die Stadtverwaltung durch weitere Prozessoptimierung effizienter zu gestalten. Aufgrund der verbesserten Haushaltslage werde man die Vorlage nicht ablehnen. Die Verbesserung sei zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht erkennbar gewesen. Man werde sich bei der heutigen Abstimmung enthalten.

Es könne nicht sein, dass man Einsparungen an Schulen, oder dem Stadtbadumbau vornehme

und einfach so 90 Stellen durchwinke, teilt Stadtrat **Eisele** mit. Es sei in diesem Jahr schwierig gewesen, Einsparungen an einzelnen Stellen vorzunehmen. Personalratsvorsitzender Reichert habe in seiner Stellungnahme klar gemacht, dass bis auf die zwei Stellen in der Vorlage alle Stellen benötigt werden um Überstunden zu vermeiden und Aufgaben zu meistern. Aufgaben einzuschränken sei schwierig, aber die Stadtverwaltung müsse sich auch fragen, „ob jedes Fass das daher schwimmt aufgemacht werden muss.“ Die Aufgaben und die Stadt wachsen, aber das Personal wachse schneller. Ein Vergleich mit anderen Städten sei daher nicht falsch, aber schwierig. Bei Ziffer 1 der Vorlage werde sich die FDP enthalten. Bei Ziffer 2 werde man zustimmen. Künftige Personalhaushalte werde man kritisch betrachten.

Stadträtin **Dziubas** hält die Kappung der Überstunden beim Personal für schlimm. So könne man mit seinen Angestellten nicht umgehen. Sie bittet dies nochmals zu überdenken.

Stadtrat **Lettrari** erinnert daran, dass die Ganztagesbetreuung in den letzten Jahren hinzugekommen sei. Auch aufgrund weiterer Projekte in der Stadt sei ein Stellenzuwachs nachvollziehbar. Vergleichbare Städte zu suchen und zu vergleichen sei „Traum und Vision“ teilt Stadtrat Lettrari mit. Aufgaben seien zu unterschiedlich, daher sei das Vorhaben nicht umsetzbar.

Nach der Aussprache lässt OBM **Spec** über die Ziff. 1 und Ziff. 2 der abweichenden Beschlussempfehlung (Vorlage Nr. 070/19) getrennt abstimmen.

TOP 11	LUKE e.V. - Antrag auf Förderung	Vorl.Nr. 498/18
TOP 11.1	LUKE e.V. - Antrag auf Förderung - abweichende Beschlussempfehlung zur Vorl.Nr. 498/18	Vorl.Nr. 028/19

Abweichender Beschluss:

1. Dem Verein „Luke e.V.“ wird ab dem Haushaltsjahr 2019 jährlich eine Förderung i.H.v. 10.000 Euro zur teilweisen Finanzierung seiner satzungsgemäßen Arbeit bewilligt. Die Förderung wird zeitlich befristet über einen Zeitraum von 3 Jahren gewährt unter der Maßgabe, dass der Verein jährlich eine detaillierte und aufgeschlüsselte Darstellung all seiner Einnahmen und Ausgaben der Stadtverwaltung vorlegt.
2. Im Teilhaushalt 41 des Fachbereichs Kunst und Kultur wird jährlich der Betrag i.H.v. 10.000 Euro bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat F. Lutz
- Stadtrat T. Lutz
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 19.02.2019. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die abweichende Beschlussempfehlung (Vorlage Nr. 028/19) Beschluss fassen.